

„Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!“

Interview mit Nicos Poulantzas zum autoritären Etatismus in Westeuropa und zur Strategie der Arbeiterbewegung – durchgeführt von Rodrigo Vaquez-Prada*

(Gelegentlich hat man ihm Formalismus und Abstraktheit vorgeworfen. Dennoch – trotz aller Kritik, die dagegen vorgebracht werden kann – bildet das Werk dieses in Paris niedergelassenen Griechen ohne jeden Zweifel einen der solidesten und originärsten Beiträge zum gegenwärtigen Marxismus.

Vor einem Jahrzehnt, bei der Beschreibung seiner eigenen geistigen Entwicklung, hat Nicos Poulantzas geschrieben, daß „in Epochen der Krise die theoretische Revolution in der Geschichte des Denkens wie eine Lokomotive wirkt“. Heute wäre die Behauptung nicht mehr übertrieben, daß sein Werk – gegenüber den mechanistischen und dogmatischen Schemata stalinistischen Zuschnitts – eine solche Rolle gespielt hat, während Poulantzas selbst eine bestimmte Form des „politischen Eingriffs“ in genau umrissene politische Situationen praktizierte. Und diese Orientierung seiner theoretischen Arbeit tritt mit aller Deutlichkeit in seinen bisherigen Werken hervor.

Das gilt auch für seinen erst kürzlich publizierten Essay „L'Etat, le Pouvoir, le Socialisme“, deutsch: Staatslehre (Hamburg 1978), in dem er scharfsinnig und klar über das reflektiert, was er den ‚autoritären Etatismus‘ nennt – eine neue Staatsform, die dabei ist, sich in den Ländern des entwickelten Kapitalismus, in den europäischen Ländern, herauszubilden.)

Nicos Poulantzas: Diese neue Staatsform bringt gewichtige Einschränkungen der demokratischen Freiheitsrechte mit sich; und sie entspricht der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus – der des Monopolkapitalismus – in eben derselben Weise, wie der liberale Staat der Phase des Wettbewerbskapitalismus entsprochen hat und wie der ‚Wohlfahrtsstaat‘, der ‚Daseinsvorsorgestaat‘ keynesianischer Prägung, mit der ersten Phase des Monopolkapitalismus verbunden ist. Der Begriff des ‚autoritären Etatismus‘ bezieht sich auf eine doppelte Realität: *Einerseits* auf das, was die Italiener die ‚Ausweitung‘ des Staates nennen, d.h. auf das Eindringen des Staates nicht nur in den Bereich der Produktion, sondern auch in die Bereiche der Konsumtion und des täglichen Lebens. *Andererseits* handelt es sich auch um eine Antwort des Staates auf seine eigene Krise. Es geht also im autoritären Etatismus zugleich um eine Antwort auf die gegenwärtige Problematik des Monopolkapitalismus und auf die Problematik der Krise des Staates.

Rodrigo Vaquez-Prada: Sollen wir nicht erst einmal die charakteristischen Züge der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus bestimmen, bevor wir auf den spezifischen Charakter dieser neuen Staatsform eingehen? Diese Krise ist doch durchaus als Strukturkrise zu begreifen und dennoch offensichtlich von jenem Krisentypus ver-

* Das Interview wurde erstveröffentlicht in „El Viejo Topo“ (Barcelona), No. 35 (August 1979); wir danken der Zeitschrift für die freundliche Erlaubnis zur Übersetzung. Die Übersetzung besorgte aus dem Spanischen Frieder O. Wolf.

schieden, den die kommunistische Internationale als Auslöser des Zusammenbruchs, der ‚Endkatastrophe‘, eben dieses Kapitalismus betrachtet hat.

Ganz offensichtlich ist die gegenwärtige Krise des Kapitalismus keine bloß konjunkturelle Krise; vielmehr handelt es sich um eine tiefgehende strukturelle Krise, deren auslösende Elemente in engem Zusammenhang mit den Umwälzungen stehen, die sich in der gegenwärtigen Phase des Monopolkapitalismus vollziehen. Dennoch nimmt sie keineswegs die Gestalt der Krise von 1929 an – weil in jener Epoche noch nicht die regulierende Funktion des Staates existierte, wie sie der keynesianische Staat wahrnimmt. Gegenwärtig hat der Staat die ‚wilden Seiten‘ der Wirtschaftskrise unter Kontrolle gebracht. Aber das ist noch nicht alles: In dem Maße, wie die Krisen eine systemnotwendige Funktion im Reproduktionsprozeß des Kapitals erfüllen und gewissermaßen als ‚periodische Entschlackungskuren‘ des Kapitalismus fungieren, übernimmt der Staat es selbst, sie auszulösen. Es geht damit schon nicht mehr allein darum, ob es dem Staat gelingt, Stagnation und Inflation zu kontrollieren; im Gegenteil, es ist heute der kapitalistische Staat selbst, von dem beide Phänomene ausgehen, der sie beide auslöst.

Auf derselben Linie liegt auch das Problem des Verhältnisses von politischer Krise und Krise des Staates einerseits und Wirtschaftskrise andererseits, wofür die III. Internationale ja ein klassisches Schema hatte. Wie entwickeln sich diese beiden Krisen heute in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften? Existieren sie überhaupt in jenen Gesellschaften, in denen sich der autoritäre Etatismus etabliert hat?

Der Wirtschaftskrise entspricht nicht zwangsläufig eine politische Krise und eine Staatskrise. Sie schlägt eben nicht *notwendig* in eine politische Krise um – und erst recht nicht in eine Staatskrise, wie es die III. Internationale vertreten hat. Ich behaupte dagegen, daß in bestimmten Ländern eine Wirtschaftskrise existiert sowie eng damit zusammenhängend eine politische Krise und eine Staatskrise. Eine solche Situation ist etwa in Ländern wie Griechenland, Portugal, Italien, Frankreich und vielleicht auch in Spanien zu beobachten. Aber es kann auch eine dieser Krisen eintreten, ohne daß sich die anderen dazu einstellen: Der kapitalistische Staat kann z.B. zu einem gegebenen Zeitpunkt die politische Krise auffangen, ohne daß sie sich zu einer Staatskrise weiterentwickelt, auch ohne auf die Form des faschistischen Staates zurückzugreifen, usw.

Das theoretische Problem besteht darin, zu bestimmen, wie sich beständig die Entwicklung von Krisenelementen vollzieht, die – im Gegensatz zu einer traditionellen Vorstellung der bürgerlichen Soziologie – selbst schon zu strukturellen Bestandteilen der politischen Systeme geworden sind. In dieser Perspektive ist dann die Wurzel des autoritären Etatismus im Stabilitätsverlust der bürgerlichen Hegemonie zu suchen, wie er gegenwärtig in der Mehrzahl der kapitalistischen Gesellschaften erfolgt ist.

Ich stimme der These durchaus zu, die Du mit Bezug auf den autoritären Etatismus vertrittst. Kann man das dann weiter so verstehen, daß wir in der gegenwärtigen Periode uns einer neuen regulären, normalen Gestalt des kapitalistischen Staates gegenübersehen? Oder handelt es sich ganz im Gegenteil um eine Form des

„Ausnahmestaates“ und damit um eine Abwandlung des Faschismus, wie es von bestimmten politischen Positionen aus vertreten wird?

Man kann den autoritären Etatismus nicht mit einem erneuten Prozeß der Faschisierung gleichsetzen, er stellt keine neue Form des Ausnahmestaates dar. Vielmehr ist das, was heute in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Gestalt annimmt, eine normale Form des Funktionierens des Staates, eines Staates des autoritären Typs. Man darf einfach nicht die große Dummheit begehen, Pompidou mit Hitler und Goebbels gleichzusetzen, wie es die „Neuen Philosophen“ tun. In Ländern wie Spanien oder Griechenland kennt man ja die wichtigen Unterschiede noch genau, die zwischen der diktatorischen Form und den gegenwärtigen Formen der bürgerlichen Demokratie bestehen. Genau so wenig dürfen wir aber auch in den Fehler der III. Internationale verfallen, den sie mit der Annahme machte, man ginge einer allgemeinen Faschisierung entgegen. Die Internationale sprach vom Faschismus in Deutschland, sah ihn aber auch in den USA F. D. Roosevelts am Werk, wo der Kapitalismus allerdings seine Zuflucht zu Formen des Ausnahmestaates nahm, dadurch eine Gewichtsverlagerung von der Legislative zur Exekutive herbeiführte sowie eine Ausdehnung der Staatseingriffe in den Wirtschaftsprozess vollzog, ohne daß sich dadurch wirklich Formen des faschistischen Staates herausbildeten.

Ganz offensichtlich gibt es Gruppierungen der äußersten Rechten, die auf eine Faschisierung setzen! Aber man darf doch diese Strömungen nicht mit Suarez oder Giscard d'Estaing verwechseln ...

Können nicht trotzdem Keimformen des Faschismus im autoritären Etatismus enthalten sein? Oder kann nicht eine besondere Gefahr der Faschisierung gerade im Rahmen dieser kapitalistischen Staatsform bestehen?

Gewiß will der Umstand, daß wir heute nicht vor einem Prozeß der Faschisierung stehen, nicht besagen, daß keine Gefahr in dieser Richtung besteht. Das Gegenteil ist der Fall: Auch wenn es vom Faschismus unterschiedene Formen sind, können im autoritären Etatismus doch Keimformen existieren, die zum Faschismus hinführen – und es gibt sie auch! Allerdings gibt es in jedem kapitalistischen Staat – der demokratischste ist davon nicht ausgenommen – in Keimform, potentiell, Elemente, die in eine gewisse Form des Faschismus übergehen können: In allen bürgerlichen Staatsformen gibt es parallele Institutionen und Kreisläufe, die gewissermaßen in Reserve bleiben, wie eingefroren, um eingesetzt zu werden, wenn die Voraussetzung gegeben ist, daß sich nämlich der gesellschaftliche Prozeß in einer Weise entwickelt, die für die herrschenden Klassen ungünstig ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet liegt der charakteristische Zug des „autoritären Etatismus“ darin, daß sich in ihm gewissermaßen eine Osmose, eine viel ausgeprägtere Wechselbeziehung zwischen seinen normalen, demokratischen Elementen und den Ausnahme-Elementen der staatlichen Funktionsweise herausbildet, als dies in vergangenen Staatsformen der Fall war – das betrifft vor allem jene „harten Kerne“ polizeilicher oder parastaatlicher Natur, die für Ausnahmesituationen in Reserve gehalten werden. Normale und Ausnahme-Elemente durchdringen sich in ihm gegenseitig; sie funktionieren im autoritären Etatismus in enger Verbindung miteinander. Das heißt aber nicht, daß jetzt schon ein Prozeß der Faschisierung einsetzen würde, denn solch ein

Prozeß setzt immer einen gesellschaftlichen Bruch voraus. Auf jeden Fall wird ein solcher Faschisierungsprozeß, falls er auftreten sollte, sehr verschieden von dem sein, was uns bisher bekannt ist: Es wäre kein Faschismus, der von Massenbewegungen außerhalb des Staates herausgebildet würde, vielmehr würde es von vornherein ein Faschismus sein, der von den ‚harten Kernen‘, die innerhalb des autoritären Etatismus operieren, vorangetrieben und entwickelt würde.

Du hast bis jetzt von politischer Krise, von Staatskrise und davon gesprochen, daß die Existenz parastaatlicher Elemente, wie sie im autoritären Etatismus auftreten, an Bedeutung zunimmt. Aber heißt das nun, daß sich mit dieser Staatsform eine Stärkung des kapitalistischen Staates vollzieht – oder stellt sie eine Form seiner Schwächung dar?

Das ist eine sehr wichtige Frage: In dem Maße, wie das Auftreten des autoritären Etatismus einer wirklichen Krise des Staates entspricht – ja selbst in den Fällen, in denen sich eine solche Krise nicht einstellt – ist damit immer eine ‚Zuspitzung der krisenauslösenden Momente‘ verbunden. So begriffen, vollzieht sich im autoritären Etatismus immer eine gewisse Stärkung des Staates, aber eine Stärkung in bestimmten Grenzen – deshalb ist auch die Betrachtungsweise der Frankfurter Schule und Herbert Marcuses falsch, die davon ausgehen, es fände eine bruchlose, widerspruchsfreie Stärkung des Staates statt, die schließlich im Zustand des ‚eindimensionalen Menschen‘ ihren krönenden Abschluß fände. Das wäre die Vorstellung von einem totalitären Staat als allmächtigem Moloch, begründet auf einem manipulierenden Kapitalismus, dem die gelungene ‚Integration‘ der Volksmassen unterstellt wird. Gegen eine solche Vorstellung habe ich immer angekämpft; sie ist ganz einfach falsch. Was im autoritären Etatismus wirklich stattfindet, ist die Durchsetzung einer gedoppelten Tendenz: einer Tendenz der Stärkung verbunden mit einer der Schwächung des Staates. Die Ausweitung des Staates schafft zugleich die Bedingungen für seine Schwächung; das Eingreifen des Staates in den Bereich des Alltagslebens ruft zugleich die Politisierung der Volksmassen hervor und damit den Widerstand dieser Massen gegen jenes Eingreifen, was eine Krise des ‚Wohlfahrtsstaates‘ herbeiführt.

Wie wirkt sich andererseits diese neue Staatsform auf den gesellschaftlichen Block aus, der sich an der Macht befindet? Bzw. wie finden die Widersprüche innerhalb dieses Blickes auf der Ebene des autoritären Etatismus ihren Ausdruck?

Ganz offensichtlich existiert da eine gewisse innere Spannung, eine gewisse Fraktionierung innerhalb des Blockes, der an der Macht ist. Hier entwickelt sich ein Widerspruch, der über die traditionellen Widersprüche zwischen unterschiedlichen Fraktionen der Bourgeoisie hinausgeht: Es gibt eine tiefgehende Bruchlinie zwischen einer Monopolbourgeoisie, deren Interessen völlig von denen des ausländischen Kapitals abhängig sind (d.h. der Kompradorenbourgeoisie) und derjenigen sozialen Kategorie, die ich in einigen meiner Arbeiten, etwa in der „Krise der Diktaturen“, als ‚interne Bourgeoisie‘ bezeichnet habe: Das ist eine Abteilung der Bourgeoisie, die sich – als nicht-monopolistische oder auch als Monopolbourgeoisie – im Zusammenhang der Industrialisierung an der Peripherie herausbildet, aufgrund der Abhängigkeit Europas vom Nordamerikanischen Kapital; eine Bourgeoisie, die keine ‚na-

tionale Bourgeoisie' ist, da sie doch relativ abhängig von ausländischem Kapital bleibt, die sich aber dennoch sowohl vom ausländischen Kapital wie von der Kompradorenbourgeoisie distanziert. Diese Konstellation hat Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Fraktionen des Blockes an der Macht hervorgerufen, wie sie für die politischen Veränderungen maßgeblich waren, die sich in Spanien, Portugal oder Griechenland vollzogen haben.

Werden derartige Widersprüche durch die Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess nicht noch weiter verschärft – gerade im Strudel der Wirtschaftskrise, die den gegenwärtigen Kapitalismus ergriffen hat?

Der Staat sieht sich heute einer Wirtschaftskrise gegenüber, in die er eingreifen muß, um die Profiteure des Großkapitals, des Monopolkapitals, zu erhalten. Um dies zu erreichen, sieht er sich aber zu zwei gegensätzlichen Operationen gezwungen: *Einerseits* geht es ihm um die Vermehrung des relativen Mehrwerts durch eine Beschleunigung des Arbeitstempos, d.h. um eine Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse – durch die er dann allerdings entsprechend seine Fähigkeit zur Integration dieser Klasse einschränkt; *andererseits* muß es ihm darum gehen, einen Teil des Kapitals zu entwerten, damit der andere Teil des Kapitals wieder verwertet werden kann, d.h. er muß dazu beitragen, den Mehrwert von einem Teil der Bourgeoisie auf einen anderen Teil zu übertragen – also im konkreten Fall auf die Monopolbourgeoisie. Im Resultat bedeutet dies, daß der Staat in eben dem Moment, wo er vor der Aufgabe steht, die Risse zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse zu kitten, durch die Wirtschaftskrise dazu gezwungen wird, die Brüche zwischen diesen Fraktionen noch weiter zu vertiefen, indem er die sowieso hegemonialen Fraktionen materiell bevorzugt.

Auf einer anderen Ebene liegt die Notwendigkeit, vor der der Staat steht, in alles das einzugreifen, wofür sich die Bezeichnung ‚Sektor des kollektiven Konsums‘ einzubürgern beginnt: Transportwesen, Gesundheitswesen, Wohnungswesen. In diesem Bereich muß er einfach eine Reihe von Dienstleistungen erbringen, um zur Integration der Volksmassen in der Lage zu sein. Da er aber dazu gezwungen ist, für den Zeitraum einer Wirtschaftskrise den Umfang seiner Eingriffe einzuschränken, löst er dadurch einen Prozeß aus, durch den die von diesen Einschränkungen bewirkten Verschlechterungen der Lebensbedingungen zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden.

Zugleich beschleunigt der Staat einen Prozeß der ‚ungleichen Entwicklung‘ in seinem Inneren, indem er sich auf die Ausbreitung der multinationalen Unternehmen in bestimmten Landesteilen erleichtert – und dadurch den Prozeß der Unterentwicklung einer ganzen Reihe von Gebieten ‚fördert‘. Das führt dann seinerseits dazu, daß Bewegungen entstehen, die die Verteidigung der nationalen Minderheiten und der Regionen gegen diese Entwicklungstendenzen zum Inhalt haben.

Als letzten Punkt, in dem die Eingriffe des Staates selbst zu krisenhaften Entwicklungen führen, können wir sein Auftreten als ein Verursachungs- und Beschleunigungsfaktor für die Entwicklung von Wirtschaftskrisen nehmen, auf das wir schon früher eingegangen sind.

Zu Anfang unseres Gespräches hast Du es als einen spezifischen Zug des auto-

ritären Etatismus von grundlegender Bedeutung bezeichnet, daß in ihm die demokratischen Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Welche anderen Merkmale sind für diese neue Form des kapitalistischen Staates charakteristisch? Welche Auswirkungen hat der autoritäre Etatismus für die Institutionen der repräsentativen Demokratie?

Erstens vollzieht sich eine Verlagerung der Macht von der Legislative auf die Exekutive und eine Zentralisierung der Macht. Diese Erscheinung reicht zwar in ihren Wurzeln schon weit zurück, hat sich aber in der gegenwärtigen Phase ganz beträchtlich verstärkt. *Zweitens* geht der Prozeß der Verschmelzung der drei Gewalten – Legislative, Exekutive und Justiz – immer weiter. Das geht schon so weit, daß sie gegenwärtig geradezu beständig ineinander übergehen – was bemerkenswert ist, auch wenn man sich darüber im Klaren ist, daß ihre vollständige, reinliche Trennung immer nur eine Fiktion der liberalen Ideologie gewesen ist. So existiert heute zum Beispiel eine direkte Verbindung zwischen Jurisdiktion und Polizeiparat, die etwa auch schon dazu geführt hat, daß sich der Begriff der Schuld verschoben hat: die Verletzung einer Rechtsnorm wird zunehmend nicht mehr entsprechend den bei der Tat verfolgten Absichten, sondern nur noch entsprechend der objektiv begangenen Tat beurteilt. *Drittens* vollzieht sich auch eine Transformation des politischen Systems in seiner Gesamtheit: Ich meine damit den Prozeß, den man mit ‚Abstieg oder Funktionsverfall der politischen Parteien‘ umschreiben kann, einen Prozeß, der nicht nur die Arbeiterparteien ergriffen hat, sondern alle politischen Parteien, insofern sie bisher die privilegierten Ansprechpartner der Staatsverwaltungen gewesen sind, jetzt aber aufgehört haben, dies zu sein. Damit vollzieht sich eine Umstrukturierung der Prozesse der Machtbildung und Machtausübung in Richtung auf solche Formen, die man als ‚Mikrophysik der Macht‘ begreifen kann, in Richtung auf solche Punkte, wie sie Michel Foucault in seinen Arbeiten so nachhaltig gekennzeichnet hat. Und schließlich bilden sich jene ‚parallelen Kreisläufe‘ innerhalb des Staates immer stärker heraus – innerhalb der Polizei, der Armee usw. –, die immer mehr einen entscheidenden Anteil an der staatlichen Macht in die Hand bekommen ...

So sieht also die allgemeine Lage aus, die man in den Ländern des entwickelten Kapitalismus – von der deutschen Bundesrepublik bis hin etwa zu Spanien – gegenwärtig beobachten kann, auch wenn in jedem einzelnen dieser Länder die einen oder anderen Elemente besonders ausgeprägt auftreten. Aber setzt das Bild, das Du uns so entworfen hast, nicht seinerseits eine tiefe Krise der repräsentativen Demokratie als Institution voraus?

Ich glaube wirklich, daß wir heute Zeugen des Endes einer bestimmten Gestalt der repräsentativen Demokratie sind. Allen Analysen der ‚Neuen Philosophen‘ als ‚neuen Propheten des Liberalismus‘ zum Trotz kann man heute einen realen Niedergang der repräsentativen Demokratie feststellen, der seinerseits auf einen Niedergang der Position der herrschenden Klassen verweist. Das wird an allen Ecken und Enden deutlich; hierher gehören auch die bekannten Ansprüche der Trilateralen Kommission als einer Organisation oberhalb der einzelnen Regierungen, insbesondere auch ihre Vorschläge, die Freiheitsrechte in den westlichen Ländern einzuschränken. Dieser Niedergang geht inzwischen schon so weit, daß heute allein noch der

revolutionäre Übergang zum demokratischen Sozialismus die Institutionen dieser Demokratie wiederherstellen kann, indem er zugleich ihren demokratischen Charakter vertieft.

Wie beurteilst Du vor diesem Hintergrund die Beiträge von Michel Foucault, auf die Du Dich gerade eben bezogen hast?

Michel Foucault hat das nicht etwa entdeckt, sondern er hat viele Fragen wieder aufgenommen, die schon die amerikanischen Funktionalisten untersucht hatten. Auf der wissenschaftstheoretischen Ebene hat er, glaube ich, nichts beizutragen, weil in seiner Position ein starkes idealistisches Moment steckt. Es gibt eben nur eine richtige Erklärung der Macht – und nicht vierzehn verschiedene parallele Erklärungsweisen. Dennoch hat die Problematik, die Michel Foucault untersucht hat, auch ihre materialistischen Seiten: Etwa seine Analysen dessen, was er als ‚Disziplin der Normalisierung‘, als ‚Machtstechniken‘ oder als ‚Mikrophysik der Macht‘ begreift. So gesehen, hat er durchaus Recht damit, diese Mechanismen der sozialen Kontrolle zu betonen, deren sich der Staat bedient, um ins gesamte Alltagsleben einzudringen, indem er diese Streuung von Macht nutzt, von der ambulanten Psychiatrie und den Kreisläufen einer ‚gemeinwesenorientierten Sozialarbeit‘ bis zu den Beobachtungs- und Kontrollmechanismen im Inneren der institutionalisierten Fürsorge reicht, die in Beziehung zu setzen ist zu einer ganzen Reihe anderer Formen staatlicher Einmischung in individuelle Lebensprozesse. Solche Formen vollziehen sich etwa in den Medien, in der Massenkommunikation, oder im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung – dadurch, daß mittels dieser Technik die Bevölkerung systematisch erfaßt wird, unter dem Vorwand, dadurch das System der Sozialverwaltung am Funktionieren zu halten.

In Deinem letzten Buch bist Du besonders ausführlich auf die Umwälzungen eingegangen, die im gegenwärtigen kapitalistischen Staat zu beobachten sind, die Du als den Prozeß eines ‚unaufhaltsamen Aufstiegs der staatlichen Verwaltung‘ bezeichnest. Welche Bedeutung hat diese Entwicklung für den autoritären Etatismus?

Die staatliche Bürokratie und Verwaltung hat immer schon eine wichtige Rolle gespielt, was die Organisation und das Funktionieren des bürgerlichen Staates angeht. Aber jetzt hat diese Erscheinung vollständig neuartige Formen angenommen, die mit den tiefgehenden Veränderungen in der Funktionsweise der politischen Parteien als Institutionen zusammenhängen, von dem wir gerade eben sprachen: ein Niedergang nicht nur der Parteien des Blockes an der Macht, sondern auch der Arbeiterparteien, wenn er sich auch auf unterschiedliche Art und Weise vollzieht.

Im autoritären Etatismus haben die politischen Parteien aufgehört, die privilegierten Ansprechpartner der Staatsverwaltung zu sein; diese spricht immer mehr direkt die sozioökonomischen, professionellen oder sonstigen gesellschaftlichen Gruppen an, je nach den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, womit eine Tendenz zum Neokorporativismus ausgelöst wird. Gegenwärtig tendiert die Verwaltung überhaupt dazu, mehr und mehr die Rolle eines politischen Organisations der gesellschaftlichen Klassen – und damit die Funktion der Reproduktion der Hegemonie – für sich allein zu beanspruchen. Allerdings sind bis heute die politischen Parteien entscheidende Kanäle für die Herausbildung von politischer Ideologie und gesell-

schaftlichem Konsens geblieben, auch wenn ihre Bedeutung in dieser Hinsicht beträchtlich zurückgegangen ist. Diese Funktion hat sich zunehmend in Richtung auf die staatliche Verwaltung verlagert, d.h. in die sozialen Kreisläufe, die von der Verwaltung bzw. von der Exekutive beherrscht werden – wie etwa die Massenmedien –, wodurch dann populistische oder plebiszitäre Formen der Politik hervorgebracht werden. Der autoritäre Etatismus läßt den politischen Parteien dann fast keinen Entscheidungsspielraum mehr, was die Bürger dann dazu zwingt, die direkte Konfrontation mit der Verwaltung zu suchen, wodurch für sie dann die Parteien, die sie sonst gegenüber der staatlichen Verwaltung zu vertreten hätten, an Interesse verlieren.

Wir sollten jetzt dazu übergehen, die Krise der politischen Parteien zu diskutieren, insbesondere die Krise der politischen Parteien der Arbeiterklasse. Was sind die ausschlaggebenden Ursachen dieser Krise? Kann man das so verstehen, daß sich hier gegenwärtig eine Krise der Strategie der eurokommunistischen Parteien entwickelt, eben nachdem das Scheitern der Linksunion in Frankreich sowie – zum ersten Male seit 25 Jahren – ein Stimmenverlust der KPI bei den letzten allgemeinen Wahlen zu verzeichnen gewesen ist?

Die Arbeiterparteien überhaupt befinden sich gegenwärtig in einer Krise – das gilt sowohl für die sozialdemokratischen wie für die eurokommunistischen Parteien. Ein entscheidendes Moment dieser Krise liegt in dem Umstand, daß gerade die zuletzt genannten Parteien sowohl von ihren Organisationsprinzipien wie von ihrer Mitgliederstruktur her Arbeiterparteien im strengen Sinne gewesen sind, d.h. eng auf die Arbeiterklasse beschränkte Organisationen, die so aufgebaut waren, als könne man die Gesellschaft auf die ‚Fabrik‘ reduzieren. Gegenwärtig entwickeln sich nun aber wichtige soziale Bewegungen außerhalb der ‚Fabrik‘, außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses; Bewegungen, die gleichzeitig einen klassenübergreifenden Charakter annehmen. Darin liegt – wie man es bei den letzten Wahlen auch beobachten konnte – die eigentliche Grundlage der Krise. Aber auch die sozialdemokratischen Parteien befinden sich, was wir nicht vergessen dürfen, in einer Krise, die sich als Konsequenz aus der Krise des von ihnen vertretenen ‚Entwicklungsmodells‘ ergibt: Der Sozialdemokratie ist es einfach nicht gelungen, die Wirtschaftskrise zu vermeiden, und, eben weil sie das nicht konnte, haben sich die materiellen Grundlagen ihrer politischen Anziehungskraft und ihrer Strategie ganz beträchtlich vermindert. Auch die Krise der eurokommunistischen Parteien geht ja von den allgemeinen Krisenursachen aus, wenn dann auch spezifische Gründe hinzutreten: Ein solcher Grund besteht darin, daß sie immer noch nicht das Problem überwunden haben, das dadurch entstanden ist, daß sie ihr spezifisches ‚Modell‘ verloren haben. Bis jetzt gab es eben einerseits das stalinistische und andererseits das sozialdemokratische Modell und andere Modelle gab es nicht. In diesem Fehlen eines Modells, in diesem Hintersichlassen einer Sicherheit, die man einmal besessen hat, liegt z. T. der Ursprung der Krise. Zugleich hat es in den eurokommunistischen Parteien auch stalinistische oder neostalinistische Widerstände gegeben. Darüberhinaus gibt es aber auch noch ein ganz anderes Problem: das der Stellung der eurokommunistischen Parteien zwischen Regierung und Opposition. Ihre Situation – als Oppositionspartei zugleich

eine Stütze der Regierung zu sein – , wie sie in Italien und in Spanien besteht, ist einfach schrecklich schwierig, schon gar im Kontext der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Bis heute ist es ja auch noch nicht gelungen, einen Weg aus dieser Zwickmühle heraus zu finden.

Inzwischen haben neue soziale Bewegungen angefangen, sich zu entwickeln, die man gelegentlich schon als ‚neue historische Subjekte‘ bezeichnet, die jedenfalls Kämpfe auf neuen Ebenen und in neuen Formen entfalten und zumindest mit einer gewissen Selbständigkeit gegenüber den politischen Parteien der Arbeiterklasse oder auch ganz außerhalb ihres Aktionsradius operieren, auch wenn diese gelegentlich Anstalten machen, diese Bewegungen für sich zu instrumentalisieren.

Die neuen sozialen Bewegungen stellen den politischen Parteien der Linken wirklich eine Reihe von wichtigen Problemen. Ich halte es aber nicht für richtig, den Standpunkt einzunehmen, sie müßten vollständig autonom sein. Wie Pietro Ingrao und Habermas gezeigt haben, besteht durchaus die Möglichkeit, daß sie dann schließlich neokorporativistische Vorstellungen entwickeln, die auf der Vertretung von Sonderinteressen beruhen. Wenn es kein Moment politischer Verallgemeinerung in ihnen gibt, kann genau das geschehen; denn diese Bewegungen marschieren nebeneinander her, ohne zu wissen, was diejenigen wollen, die nebenan marschieren. Darin liegt durchaus eine Gefahr der Desintegration des gesellschaftlichen Zusammenhanges – und man darf auch einfach nicht die Gefahr unterschätzen, die darin liegt, daß es dem Staat gelingt, diese Bewegungen für sich zu gewinnen und für seine Zwecke einzuspannen. Ich halte es durchaus für notwendig, daß diese sozialen Bewegungen eine reale Autonomie besitzen, aber zugleich müssen die Parteien der Linken in ihnen auf geeignete Weise präsent sein. Allerdings macht gerade diese Forderung eine radikale Umwandlung eben dieser Parteien erforderlich, ob nun der sozialistischen oder der kommunistischen: in allen Punkten ihrer Strategie, die der Autonomie dieser Bewegungen viel mehr Raum lassen muß, ebenso wie in ihren inneren Strukturen, die sich ganz erheblich demokratisieren müssen, wie schließlich hinsichtlich ihrer Neigung zur ‚Arbeitertümelei‘ (‚obrerismo‘), die sie ganz einfach abstreifen müssen.

Inmitten der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und in der bekannten ‚Sackgassensituation‘ der politischen Parteien der Linken stehen wir in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor dem Problem des bewaffneten Kampfes, vor dem Problem des Terrorismus, wie ihn einige Gruppen in europäischen Ländern, einschließlich Spaniens, entfesselt haben.

Nach einer verbreiteten Vorstellung wird ja in den gegenwärtigen Umgestaltungen des Staates in Richtung auf den autoritären Etatismus einzig und allein die Seite der Stärkung der physischen Gewaltsamkeit in ihrer institutionalisierten Form gesehen und damit ein Prozeß der Faschisierung. Nachdem die Lage in dieser Weise analysiert worden ist, geht man dann dazu über, die Strategie des bewaffneten Widerstandes zu vertreten.

Nun bin ich keineswegs prinzipiell gegen bewaffneten Widerstand – ich bin schließlich ein Revolutionär – aber ich halte es doch für besser, Sachen ohne Gewaltanwendung zu machen und auch eventuell zu warten, um sie später ohne Ge-

waltanwendung machen zu können – anstatt Gewalt anzuwenden, um schneller voranzukommen. Denn wenn man einmal anfängt, Gewalt anzuwenden, kommt man schließlich dahin, daß man nicht mehr weiß, wie man aus der Gewaltanwendung wieder herauskommen soll. Und auch wenn ich, wie schon gesagt, nicht prinzipiell gegen bewaffneten Widerstand bin und durchaus glaube, daß er in bestimmten Situationen die richtige Strategie für den Kampf ist – etwa, wenn es gegen den Faschismus geht –, bin ich doch davon überzeugt, daß diejenigen, die in der gegenwärtigen Situation einen Prozeß der Faschisierung sehen, sich vollständig täuschen. Das ist wirklich ein kapitaler politischer Irrtum!

Darüberhinaus bin ich gegen den Terrorismus, weil er eine Form bloß individueller Rebellion darstellt. Mir geht es in diesem Zusammenhang eher darum zu begreifen, warum solche Erscheinungen auftreten. Bis jetzt ist es mir einfach nicht gelungen, mir klar zu machen, wie wir bis dahin haben kommen können, daß der individuelle Terror zur massenhaften Erscheinung wurde, wie es in einigen Ländern, etwa Italien oder Spanien, der Fall ist. Ich glaube, daß die Krise der Gesellschaftsstruktur und der Kultur dabei eine maßgebliche Rolle spielt. Aber da sind auch noch andere Momente im Spiel: Eines liegt bestimmt darin, daß der autoritäre Etatismus zu Formen der Rückkehr zum Individualismus verleitet, in Richtung auf einen revolutionären Romantizismus; allerdings würde ich noch weiter gehen: auch die ästhetische Dimension der Politik spielt hier noch hinein, ein gewisser revolutionärer Ästhetizismus. Ein weiteres Element, das man sicher nicht unterschätzen sollte, liegt in den von den Linksparteien begangenen Irrtümern ...

Könntest Du uns bitte erläutern, woran Du da denkst, was für Irrtümer die Linksparteien in dieser Beziehung begangen haben?

Ich glaube, sie haben einfach grundlegende Irrtümer begangen – etwa hinsichtlich des Verständnisses solcher sozialer Bewegungen wie der Studentenbewegung: Sie haben es nicht verstanden, die Gründe zu erfassen, die zu dieser Art von kulturellen Rebellionen geführt hat; gelegentlich haben sie sogar ganz im Gegenteil eine durchaus negative Haltung eingenommen, wodurch sie dann bloß ein Gefühl des Ressentiments in diesen Bewegungen gegenüber der Organisationsform der Parteien hervorgerufen haben. In diesem Sinne tragen sie durchaus eine gewisse Verantwortung für den Mangel an Verständnis, auf den sie selbst in diesen Bewegungen stoßen. Natürlich sollte man nun auch nicht übertreiben, wie es einige französische Intellektuelle tun, die ‚Neuen Philosophen‘, als sie eine Resolution unterschrieben, in der die KPI verurteilt wurde, „weil sie einen Teil der Repression gegen die Volksmassen bilde ...!“ Das war nun wirklich eine Riesendummheit. So kann man der KPI keine Schuld geben, wohl aber kann man ihr eine Verantwortung dafür zuschreiben, daß sie die neuen sozialen Bewegungen im Westen nicht verstanden hat. Das bezieht sich nicht nur auf den Terrorismus, sondern auch auf andere Erscheinungen, wie die der Drogensucht usf.

Jedenfalls wird von einigen politischen Positionen aus die These vertreten, daß der Terrorismus eine negative Funktion etwa gegenüber weiteren Vorstößen der Volksmassen erfüllt, indem er für die Gewaltanwendung von Seiten des Staates die nötige Legitimation liefert, ebenso wie für die Einschränkung der Freiheitsrechte ...

Stimmst Du mit einer solchen Auffassung überein?

Ich bin davon überzeugt, die staatliche Gewaltanwendung braucht zu ihrer Legitimierung nicht den Terrorismus. Dennoch ist es unbestreitbar, daß der Terrorismus u.a. eine wichtige Rolle für die Legitimation staatlicher Gewaltanwendung spielt – aber darin, daß er diese Funktion erfüllt, steht er nicht allein. Ein neueres Buch über Krisenpolitik („Policy of Crisis“) zeigt uns ganz deutlich, wie der kapitalistische Staat einfach jede Gelegenheit ausnützt – nicht nur jedwede terroristische Aktion, sondern auch jegliche andere aggressive oder gewalttätige Handlungsweise seiner Bürger – , um in den Massenmedien eine umfassende Operation zu starten, durch die seine Auffassung über die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen propagiert und jegliche Art von gewalttätigen Handlungen kriminalisiert werden soll.

Wie müßte eine Strategie aussehen, durch die die kommunistische Bewegung in einer solchen Situation Fortschritte machen und insbesondere die gegenwärtige Krise der politischen Parteien überwinden könnte, angesichts des autoritären Etatismus, wie er in den gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften am Werk ist, mit all den von ihm eingesetzten repressiven Mechanismen?

Man muß davon ausgehen, daß der Staat, während er seine Eingriffe in die Gesellschaft ausdehnt, d.h. sich verstärkt und autoritäre Formen annimmt, zugleich schwächer wird, indem er zunehmend von der Gesellschaft durchdrungen wird. Wie wir schon zu Anfang unseres Gespräches gesehen haben, entwickelt sich im Staat eine doppelte Tendenz, indem seine Fähigkeit zur Kontrolle der Volksmassen zugleich stärker und schwächer wird. Deswegen ist es erforderlich, eine Strategie zu entwickeln, die sich diese schwachen Stellen des Staates, ja diesen gesamten Prozeß seiner Schwächung, zunutze macht. Aber für solch eine Strategie bedarf es auch einer theoretischen Erneuerung, eben in dem Maße, wie sie vermeiden muß, in das Dilemma zu kommen, das ihre doppelte Traditionsbelastung nahelegt, ihre Belastung durch die stalinistische *und* die sozialdemokratische Tradition ...

D.h. eine solche Strategie muß sich von den Vorstellungen eines Übergangs zum Sozialismus lösen, die ihr der Stalinismus hinterlassen hat – die jedenfalls heute noch die theoretische Substanz vieler kommunistischer Parteien prägt – und zugleich die theoretische und praktische Verfahrensweise der Sozialdemokratie zurückweisen.

Es geht einfach in erster Linie darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen, mit dem Erbe der III. Internationale – auch mit den Konzeptionen der Diktatur des Proletariats und mit einigen Elementen, die im Leninschen Denken wirksam waren. Dabei soll gar nicht behauptet werden, Lenin und Stalin wären dasselbe gewesen. Aber man kann eben auch nicht einfach übersehen, daß bestimmte Elemente der ursprünglichen leninistischen Konzeption gewissermaßen den Keim dessen gebildet haben, was sich dann im Stalinismus entwickelt hat. Man kann da nicht so tun, als gäbe es keinerlei Beziehung zwischen den beiden. M. E. gibt es einen solchen Zusammenhang, und zwar wird er über das Mittelglied einer Unterschätzung der repräsentativen Demokratie und der demokratischen Institutionen überhaupt hergestellt, einer Unterschätzung, die es bei Marx nie gegeben hat, wohl aber bei Lenin – aufgrund der besonderen historischen Bedingungen, unter denen sich sein Handeln ent-

wickelt. Diese Momente im Leninschen Denken haben etwa dazu geführt, daß heute erneut jene Kritik vorgebracht wird, die Rosa Luxemburg gegenüber Lenin und Trotzki anmeldete. Dabei ging es ihr nicht etwa um eine Kritik an der Tatsache, daß Lenin und Trotzki das Parlament und die demokratischen Institutionen zerstören wollten, ganz im Gegenteil: Rosa Luxemburg als einer militanten Vertreterin der Arbeiterräte ging es vor allem darum, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß ein Prozeß der Zerstörung der demokratischen Institutionen wie der verfassungebenden Versammlung durch die Räte schließlich in einen Prozeß übergehen könnte, in dem die so eingeleitete Zentralisierung der Macht sich mit der Zerstörung der Räte und damit jeglicher Gestalt von Demokratie vollendete. Diese leninistische Vorstellung ist jedenfalls in den polemischen Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung noch sehr lebendig – so etwa in der Konzeption, die Althusser jüngst in einem Interview mit ‚Il Manifesto‘ unmittelbar vertreten hat, daß nämlich die Massen sich außerhalb des Staates organisieren müßten, um ihn dann zu erobern und vollständig umzuwälzen – ohne daß Althusser in diesem Zusammenhang die Tradition der repräsentativen Demokratie berücksichtigt (vgl. Althusser 1979, d. Ü.).

Das Problem liegt also darin, wie sich die Frage der Eroberung der Staatsmacht heute in den Gesellschaften des Monopolkapitalismus stellt – d.h. auf einem demokratischen Weg zum Sozialismus, mittels dessen, was Du als ‚radikale Umwandlung des Staates‘ bezeichnest. Aber was ist denn genau mit einer solchen Umwandlung gemeint?

Ich glaube einfach, man muß sich von jener Vorstellung der Diktatur des Proletariats frei machen, die darin besteht, es ginge darum, den Staat zu ‚zerbrechen‘. Ja man muß sich selbst in ihrem ursprünglichen leninistischen Sinne von ihr lösen; man kann ja nicht die historische Verwirklichung vergessen, die sie erfahren hat. Das erlaubt die tragische Erfahrung der Geschichte, deren Zeugen wir geworden sind, einfach nicht. Worte sind eben nicht unschuldig, und wer einer Rückkehr zu der ursprünglichen, reinen Form des Begriffes der Diktatur des Proletariats das Wort redet, wie Lenin sie begriffen hat, der ist ein Stalinist, so hart es sein mag, dies auszusprechen (vgl. dagegen: Balibar 1977, d.Ü.). Man kann eben nicht davon sprechen, den Staat zu ‚zerbrechen‘, denn das hieße auch, die Institutionen der repräsentativen Demokratie vollständig durch Institutionen der direkten Demokratie zu ersetzen. Und wenn man an die Menschenrechte glaubt, an die Freiheitsrechte, so hat uns doch die Erfahrung zumindest eines gelehrt: daß diese Rechte nicht ohne spezifische Institutionen existieren können. Heute wissen wir doch ganz einfach, daß es immer, wenn es ein Parlament gegeben hat, auch Freiheitsrechte gab – und daß es immer, wenn es kein Parlament gab – sei es aufgrund des Faschismus oder aufgrund seiner Ersetzung durch die Räte – auch die Freiheitsrechte verschwunden sind. Es geht mir hier jetzt gar nicht darum, eine Glorifizierung der bürgerlichen Politik zu betreiben, mich etwa zu einem ‚Neoliberalismus von links‘ zu bekehren. Aber die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind sowohl Ausdrucksformen der Bourgeoisie als auch Eroberungen der Volksmassen ...

Man muß den Staat von Grund auf umwandeln, indem man nicht etwa auf-



einander folgende Reformen durchführt, sondern indem man einen ganzen Prozeß wirklicher Brüche in Gang setzt, dessen Scheitelpunkt dann im Umschlag der Kräfteverhältnisse auf dem strategischen Terrain des Staates zugunsten der Volksmassen liegt. Dennoch wäre dies sinnlos, wenn nicht parallel dazu ein Prozeß der Entwicklung der direkten Demokratie stattfände; denn selbst wenn sich solch ein Prozeß von Brüchen vollziehen würde, man aber im Rahmen des Staates und der repräsentativen Demokratie verbleiben würde, würde man eben doch schließlich in eine bloß sozialdemokratische Politik verfallen.

In diesem Sinne hat doch etwa auch Pietro Ingrao (1978, d. Ü.) im Verlauf der von Norbert Bobbio ausgelösten Debatte die These vertreten, die direkte Demokratie, die Basisdemokratie, sei nicht an sich etwas von der repräsentativen Demokratie verschiedenes, oder gar etwas, was sich nach ihr oder neben ihr entwickeln müßte; der Ausweg aus der falschen Disjunktion, aus dem Dilemma zwischen dem stalini-stischen Modell und der repräsentativen Demokratie sei die ‚Massendemokratie‘.

Ich stimme mit Pietro Ingrao in diesem Punkt weitgehend überein; ich stehe ihm wesentlich näher als etwa der Althusserschen Position. Ingrao erkennt eben an, daß es erforderlich ist, die Transformation der repräsentativen Demokratie und die Entwicklung der sozialen Bewegungen zugleich voranzutreiben – und daß in den zuletzt genannten die politischen Parteien präsent sein müssen, damit sich nicht ein gewisser ‚Korporativismus‘ entwickelt, eine Ideologie des ‚Ohne mich‘. Bis hierher bin ich mit ihm voll einer Meinung. Das Problem liegt nun allerdings darin, in welcher Form alles das miteinander zu verbinden sein wird. Beide Prozesse in Gang zu halten, Institutionen der direkten Demokratie im Rahmen der repräsentativen Demokratie zu schaffen, das ist die Formel gewesen, mit der es die Austromarxisten

versucht hatten. Allerdings haben die damit gemachten Erfahrungen gezeigt, daß es aufgrund der spezifischen Substanz des Staates – einer Problematik, die auch die eurokommunistischen Strömungen allzu oft vergessen haben – erforderlich ist, den Staat selbst gründlich umzustülpen und nicht bloß die Kräfteverhältnisse *in* ihm umzuwälzen. Der Staat ist keine Festung, wie Althusser sagt, sondern die ‚materiell geronnene Gestalt der Kräfteverhältnisse‘ und er besitzt als solcher eine spezifische Substantialität. Deswegen lösen sich die sozialen Bewegungen, die in die Sphäre des Staates eingeschlossen werden, jedes Mal auf – eben wegen dieser eigenen Substantialität des Staates. Dasselbe geschieht natürlich auch mit den politischen Parteien: Wenn eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse den Versuch macht, eine soziale Bewegung vollständig zu integrieren – auch wenn sie dadurch sie zu entwickeln oder in ihrer Entwicklung zu fördern beansprucht – tritt jedes Mal die Gefahr ein, daß diese soziale Bewegung sich auflöst. Deswegen halte ich auch eine radikale Transformation der politischen Parteien für erforderlich.

Literatur:

- Althusser, Louis, *Krise des Marxismus?*, Hamburg 1978
– , *Der Marxismus als eine endliche Theorie*, in: Altwater, Elmar; Kallscheurer, Otto, *Den Staat diskutieren*, Berlin 1979
Balibar, Etienne, *Über die Diktatur des Proletariats*, Hamburg 1977
Ingrao, Pietro, *Massenbewegung und politische Macht*, Hamburg 1978
Veröffentlichungen von Nicos Poulantzas in deutsch:
– , *Faschismus und Diktatur*, München 1973
– , *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M. 1974
– , *Klassen im Kapitalismus – heute*, Westberlin 1975
– , *Krise der Diktaturen*, Frankfurt/M. 1977
– , *Staatstheorie*, Hamburg 1978